

1586/J

der Abgeordneten Dr. Partik-Pable  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Beschaffungswesen

Zeitungsmeldungen zufolge will das Innenministerium die Aufträge für Uniformen für Polizei und Gendarmerie nicht mehr an verschiedene österreichische Betriebe vergeben, sondern einen Generalauftrag ausschreiben. Allerdings ist die Anzahl der heimischen Firmen, die die ganze Produktpalette von Hose, Gürtel, Socken, Kappe etc. abdecken können gering. Dafür kämen lediglich Versandhäuser in Frage, was für die heimischen Textilbetriebe eine Existenzfrage bedeuten würde. Die heimische Textil- und Bekleidungsindustrie fürchtet Aufträge für 130 Mill. S an Versender zu verlieren. Die Uniformen sollen dann vom Hersteller direkt an die diversen Dienststellen verteilt werden.

So ist beispielsweise die Schluger Lederwarenerzeugung Kunststoff GesmbH seit vielen Jahren Lieferant öffentlicher Bedarfsträger. Insbesondere das Bundesministerium für Inneres wurde jährlich mit einigen tausend Taschen an die Gendarmerie beliefert. Die Aufträge wurden dem jeweiligen Bestbieter aufgrund öffentlicher Ausschreibungen übergeben. Nun wurde die Firma Schluga dahingehend informiert, daß die Beschaffung diverser Ausrüstungsgegenstände des Bundesministeriums für Inneres an ein Versandhaus übertragen wird. Erfahrungen zeigen, daß Kaufhäuser und Versandhäuser ihre Waren grundsätzlich im Fernost einkaufen. Durch die von Bundesminister Einem geplante Änderung im Beschaffungswesen für Polizei und Gendarmerie droht die Gefahr, daß Textilien nicht mehr in Österreich, sondern in Fernostländern mit niedrigen Lohnkosten bezogen werden. Innerhalb Europas sind die heimischen Textilbetriebe sehr wohl konkurrenzfähig, gegen die Billigkonkurrenz der Fernostländer aber kann die österreichische Textilindustrie nicht bestehen. Weiters besteht die Gefahr des Qualitätsverlustes und somit der Verkürzung der Tragedauer, was die Einsparung wieder relativiert.

Eine Verwirklichung dieses Vorhabens könnte daher eine Existenzgefährdung für viele Betriebe der österreichischen Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie mit sich bringen und käme einem Export von Arbeitsplätzen gleich. Bei der Beschaffungspolitik öffentlicher Dienststellen muß jedenfalls darauf geachtet werden, daß sich aus der Beschaffungspraxis nicht strukturelle Nachteile für die österreichischen Betriebe ergeben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

1. Wie hoch war der Auftragswert der im Bereich des Bundesministeriums für Inneres für die Ausrüstung der verschiedenen Exekutivkörper vergebenen Aufträge?
2. Von welchen Organisationseinheiten und in Anwendung welcher Rechtsvorschriften erfolgten die einzelnen Ausschreibungen?
3. Welche organisatorischen Änderungen sind bezüglich der Auftragsvergabe und der Massawirtschaft geplant?
4. Haben Sie diesbezüglich auch Gespräche mit anderen Ministerien geführt?  
Wenn ja, mit welchen, mit welchem Inhalt und mit welchem Ergebnis?
5. Welche Einsparungspotentiale erwarten Sie sich dadurch?

6. Wird es auf Grund der vorgesehenen Änderungen der Organisation auch zu wesentlichen Änderungen der bisherigen Ausschreibungspraxis kommen?

7. Ist es richtig, daß die beiden Massafonds im Innenministerium aufgelöst werden sollen?  
Wenn ja, warum und welche Vorteile erwarten Sie sich daraus?

8. Ist es richtig, daß das Beschaffungswesen für Polizei und Gendarmerie von einem Versandhaus übernommen wurde?  
Wenn ja, von welchem, ging eine Ausschreibung voran und ist diese Ausschreibung in einem gesetzmäßigem Ausschreibungsverfahren erfolgt?

9. Wodurch können Sie sicherstellen, daß sich diese neue Ausschreibungspraxis nicht zu Lasten der bisherigen österreichischen Zulieferungsbetriebe auswirkt?

10. Wodurch können Sie sicherstellen, daß durch diese neue Ausschreibungspraxis nicht ein Qualitätsverlust für die Ausrüstung eintritt?